

Rats-Update Nr. 3

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 18. Februar 2021

Diese Sitzung des Duisburger Stadtrates konnte man als eine Art „Corona-Notsitzung“ bezeichnen. Die Tagesordnung war relativ kurz, weil nur Angelegenheiten beraten und beschlossen wurden, die in diesem Moment dringend eines Ratsbeschlusses bedurften. Die Fraktionen wurden in der vorhergehenden Ältestenratssitzung gebeten, ihre Anträge zurückzuziehen bzw. erst in der kommenden Sitzung beraten zu lassen. Aufgrund der besonderen ‚coronabedingten‘ Situation stimmten die Fraktionen diesem Verfahren zu.

Letztendlich verblieben auf der Tagesordnung die Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften, ein Beschluss zu den zukünftigen verkaufsoffenen Sonntagen und eine (relativ kleine) Änderung des aktuellen Nahverkehrsplans. Der gestellten (und auf der Tagesordnung verbliebenen) FDP-Anfrage zum Sachstand der Gebietsänderung an der Cölve-Brücke in Rheinhausen-Trompet nahm die Verwaltung „den Wind aus den Segeln“, indem sie dem Stadtrat eine fertige Beschlussvorlage zum Thema präsentierte, die unsere Anfrage fast unnötig machte.

Das interessanteste Thema dieser Sitzung war die Änderung der Geschäftsbereiche der Dezernate. Die Beschlussvorlage wurde dem Rat bereits in der vorherigen Sitzung präsentiert. Damals hatte die CDU noch Beratungsbedarf, weswegen die Drucksache nicht beschlossen wurde. Nun lag sie unverändert, aber mit negativer Stellungnahme des Betriebsrats, zur Abstimmung vor. Wie berichtet, ergeben sich aus der neuen Dezernatsverteilung merkwürdige thematische Konstellationen, die aber auf Wunsch und mit Stimmenmehrheit der Grünen durchgesetzt wurden. So hat z.B. der Rechtsdezernent zwar noch das Rechtsamt in seinem Dezernat, aber für das Ordnungsamt, die Bereiche Sozialbetrug und die „Task Force Schrottimobilien“ ist ab jetzt der Wirtschaftsdezernent zuständig. Die Feuerwehr ist Teil des Finanzdezernats geworden und den Bereich Sport findet man zukünftig im Dezernat für Stadtentwicklung. Das neue „Grüne Wunsch-Dezernat“ besteht aus den Themen Umwelt, Klima, Verbraucherschutz, Gesundheit und den Kulturbetrieben. Die Stadtbibliothek und die Volkshochschule zählen jedoch nicht mehr zum Bereich Kultur (diese sind ins Dezernat für Bildung, Arbeit und Soziales ‚gewandert‘. Nach 1 Std. und 20 Minuten war die Ratssitzung bereits beendet.

Sitzung des Duisburger Stadtrates am 19. April 2021

Was in der vorhergehenden Sitzung an Anträgen und vor allem an Zeit eingespart wurde, fand sich jetzt auf der Tagesordnung der Ratssitzung am 19. April 2021 ‚doppelt‘ wieder. Dazu kamen die aktuellen Beschlussvorlagen der Stadtverwaltung und zahlreiche neue Anträge und Anfragen der Fraktionen. Obwohl im Ältestenrat abermals besprochen wurde, die Anzahl der Anträge und Anfragen möglichst zu minimieren, befand sich diesmal sogar eine nie dagewesene hohe Anzahl an Anträgen und Anfragen auf der Tagesordnung. Besonders die Fraktion der Linken hatte das Bedürfnis, den Rat mit 13 Anträgen und 12 Anfragen zu beschäftigen. Allein die Beratung der 13 Anträge beanspruchte im Sitzungsverlauf weit über 1 Stunde. Auch die Fraktion Tierschutz/DAL hielt sich nicht zurück und stellte viele Anträge, die zudem noch alle mündlich vorgetragen und detailliert erläutert wurden. Die Themen wirkten zum Teil so abstrus und inszeniert, dass sich zwischendurch immer wieder Diskussionen ergaben, ob das jeweilige Thema denn nun wirklich im Rat beraten werden müsse und warum die jeweilige Fraktion diesen Antrag in der derzeitigen Situation überhaupt gestellt hätte. Aufgrund der vorliegenden 120 Tagesordnungspunkte erwarteten alle Teilnehmer (unter Corona-Schutzmaßnahmen) eine relativ lange Sitzung – und sie behielten recht...

Neues Ratsmitglied und neuer Dezernent

Zu Beginn der Sitzung wurde die Nachfolgerin eines ausgeschiedenen Ratsmitglieds der Grünen vereidigt. Direkt anschließend wurde ein neuer Dezernent für das Dezernat Umwelt, Klima, Verbraucherschutz, Gesundheit und Kultur gewählt. Die Wahl erfolgte satzungsgemäß offen und ohne jede Aussprache. Die Beschlussvorlage zur Wahl des neuen Dezernenten (Matthias Karl Börger) erhielten die Fraktionen erst 2 Tage vor der Ratssitzung. Nach Aussage der Grünen, die das Vorschlagsrecht für diese Personalie hatten, sollte sich 'der Neue' in den Tagen vor der Ratssitzung bei den Fraktionen vorstellen – was jedoch leider nicht geschehen ist. So kam es, dass Herr Börger die FDP-Fraktion erst knapp 2 Stunden vor der Ratssitzung besuchte und sich (sympathisch) präsentierte. Der 52jährige kommt aus Grefrath und war in den letzten 20 Jahren in der Bezirksregierung für den Bereich Umwelt zuständig. Er wirkte trotz seiner Parteimitgliedschaft bei den Grünen (erst seit 2020) wenig ideologisch, sondern sehr realitätsorientiert. Der Bereich Kultur ist für ihn absolutes Neuland - wie bei vielen Dezernats-Vorgängern auch. Es war dennoch kein Grund ersichtlich, ihn nicht zu wählen. Nur die Fraktion JuDu und die HO-Gruppe enthielten sich der Stimme, alle anderen wählten den Nachfolger des bisherigen (Grünen) Dezernenten Dr. Ralf Krumpholz.

OB: „Anfragen der Fraktionen haben keine Priorität.“

Bei der Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung kritisierten die Linken, dass darin nicht eine einzige Anfrage der letzten Ratssitzung beantwortet wurde, obwohl der Oberbürgermeister die Beantwortung aller Anfragen zur Niederschrift zugesagt hatte. Dieser Kritik entgegnete der OB, dass Corona „und andere Dinge“ für ihn absolute Priorität vor gestellten Anfragen der Fraktionen hätten und diese erst dann wieder beantwortet werden, wenn ausreichend Zeit dafür sei - womit der Oberbürgermeister wieder einmal seinem überheblichen Image gegenüber den gewählten Volksvertretern gerecht wurde.

Gremienbesetzungen

Wie schon in allen vorhergehenden Ratssitzungen wurden auch diesmal wieder einige Gremien besetzt. Die Gesellschaft für Wirtschaftsförderung (GfW) wurde umorganisiert, weswegen auch der Aufsichtsrat neu besetzt werden sollte. Ebenso wurde ein neuer Aufsichtsrat für die (neue) Gesellschaft „Netze“ gewählt. Dazu wurden die Gremien „Fakir Baykurt Kulturpreis“, die Kunstkommission, das Gremium zur Verleihung der Mercator-Ehrennadel und der Kulturbeirat neu besetzt. Zudem wählte der Rat die Mitglieder des Beirates für Stadtgestaltung und die Delegierten zum Deutschen Städtetag. Wie üblich, mussten sich die kleineren Fraktionen bei der Besetzung der Gremien gegenseitig unterstützen, weil sie allein mit ihren jeweiligen Stimmen dort nicht vertreten sein könnten. Die FDP-Fraktion konnte im Kulturbeirat einen Sitz erringen (für Frank Albrecht) und unser Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bies fährt als Delegierter zum Städtetag nach Erfurt. Bei den anderen Gremien haben die FDP-Ratsmitglieder (als Ausgleich) die Bewerber anderer Fraktionen unterstützt.

Erhöhung der Eigenanteile für das Schokoticket

Da der VRR (Verkehrsverbund Rhein Ruhr) die Erhöhung der Eigenanteile des Schokotickets beschlossen hat und Duisburg Teil des VRR ist, musste dieser Beschluss nun auch in Duisburg erfolgen. Der Oberbürgermeister hatte dies bereits vor einigen Wochen in Form eines Dringlichkeitsbeschlusses mit einem Ratsmitglied der CDU getan, was ihm die spätere Genehmigung seines vorzeitigen Beschlusses sicherte. Dennoch wurde an dieser Stelle heftig und auch emotional diskutiert, denn außer SPD und CDU lehnten alle Fraktionen diese Erhöhung ab. Auch die FDP-Fraktion hatte sich nach ihren Beratungen dazu entschlossen, gegen diese Erhöhung zu stimmen, da sie zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig erscheint.

9 Dringlichkeitsbeschlüsse

Insgesamt nutzte der Oberbürgermeister in dieser Ratssitzung neun Mal die Möglichkeit eines Dringlichkeitsbeschlusses. Dabei handelt es sich um Beschlüsse, die aus verschiedenen Gründen nicht bis zur nächsten Ratssitzung warten können. Der OB unterschreibt derartige Beschlussvorlagen immer gemeinsam mit einem Ratsmitglied der CDU um sicherzugehen, dass seine Entscheidung in der folgenden Ratssitzung mit der großen Mehrheit von SPD und CDU auch tatsächlich „abgesegnet“ wird.

Beschlüsse im „Sekundentakt“

Es folgten zahlreiche „Standard-Beschlüsse“, wie z.B. die Einrichtung von neuen Bildungsgängen an verschiedenen Duisburger Berufsfachschulen oder die Erhöhung der Zügigkeit von bestehenden Bildungsgängen, sowie Jahresabschlüsse und Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften oder Bebauungspläne zur Verhinderung von Spielhallen und Wettbüros in verschiedenen Stadtteilen, die eigentlich nie eine Wortmeldung auslösen und fast immer im „Sekundentakt“ (einstimmig) beschlossen werden.

Geänderte Stellungnahme der Stadt zum Regionalplan Ruhr

Zur Aufstellung des Regionalplans Ruhr hatte die Stadt Duisburg bereits 2019 eine Stellungnahme erstellt, beschlossen und an den RVR gesendet. Jetzt legte die Verwaltung eine ergänzende korrigierte Stellungnahme vor, in der erklärt wurde, dass Anregungen zur Zukunft des Zeus-Geländes und am Uettelsheimer See („Im Niederfeld“) nicht mehr den früheren Planungszielen der Stadt entsprechen und aus dem Plan zurückgezogen werden. Diese Änderungen konnten von der FDP-Ratsfraktion noch nachvollzogen werden.

Darüber hinaus wird aber auch ein sogenanntes „neues Planungsziel“ bekannt gegeben. Es handelt sich um ein Gebiet in Rheinhausen-Asterlagen, zwischen dem Businesspark und der A40 in Essenberg. Diese fast 12 ha große Fläche war bisher zur Erweiterung des Gewerbegebietes vorgesehen. Die Verwaltung verkündete nun in der geänderten Stellungnahme, dass dieses Planungsziel nun nicht mehr verfolgt werden soll: *„Vor dem Hintergrund der erheblichen Konfliktintensität soll auf die Inanspruchnahme hochwertiger Landwirtschaftsflächen verzichtet werden und der Bereich... als allgemeiner Freiraum- und Agrarbereich erhalten werden.“* Die FDP-Fraktion stimmte als einzige Fraktion dagegen, dass die Stadt hier freiwillig auf ca. 12 Hektar zukünftige Gewerbegebietsfläche verzichtet, weil sie offenbar Angst vor „Konflikten“ hat. Als an gleicher Stelle vor einigen Jahren eine Windkraftanlage errichtet werden sollte, sah die Verwaltung keine „erhebliche Konfliktintensität“.

Anliegerbeiträge

Eine Gesetzesänderung der NRW-Landesregierung machte es notwendig, dass die Stadt ein Straßenverzeichnis erstellt, in dem alle Straßen aufgelistet werden, bei denen eine zukünftige Erneuerung der jeweiligen Straße beitragsfrei für die Anwohner erfolgen wird und eine Liste aller Straßen, bei denen eine Erneuerung/Sanierung zu Beiträgen für die anliegenden Hauseigentümer führt. Zu dieser Vorlage gab es Wortmeldungen des OB's, des zuständigen Dezernenten Martin Linne und von zahlreichen SPD-Ratsmitgliedern, die alle immer wieder betonten, dass es besser gewesen wäre, die Landesregierung hätte die Anliegerbeiträge komplett abgeschafft. *„Aber die Landesregierung will das ja nicht.“* Unerwähnt ließen sie jedoch, dass die SPD in der NRW-Landesregierung über 40 Jahre lang Zeit hatte, diese Beiträge abzuschaffen. Unerwähnt blieb auch, dass 50% der Beiträge demnächst als Zuschuss des Landes beantragt werden können - und auch genehmigt werden, wenn ein entsprechendes Straßenverzeichnis der Stadt erstellt wurde. Darum ging es in dieser Vorlage.

Lärmaktionsplan

Obwohl die vorgelegte Beschlussvorlage 'Lärmaktionsplan' hieß, handelte es sich nicht um Aktionen (Maßnahmen), sondern um eine Berichterstattung über Lärmquellen- Gebiete- und Ursachen, aus der im Laufe der Zeit einzelne Gegenmaßnahmen erarbeitet werden sollen. Auffällig ist, dass die Verwaltung offenbar ausschließlich den Straßenverkehr als Lärmquelle erkennt, denn Industrie oder Hafen/Schifffahrt kommen im Plan nicht vor. Dementsprechend werden demnächst wohl Maßnahmen erarbeitet, die alle ausschließlich den Verkehr betreffen werden. Gegen den vorgelegten Plan konnte man nicht stimmen, aber es ist demnächst eine Flut an Tempo-30-Zonen und anderen verkehrsberuhigenden Maßnahmen zu erwarten.

Nur AfD stimmt für die Deponie Lohmannsheide

An Tagesordnungspunkt 30 stand die Stellungnahme der Stadt Duisburg zur Genehmigung der Errichtung einer Deponie am Standort der Berghalde Lohmannsheide in Baerl. Der Beschlusstext: „*Das beantragte Vorhaben wird durch den Rat der Stadt Duisburg abgelehnt. Das gemeindliche Einvernehmen wird versagt.*“ Somit hat der Stadtrat zwar seine ablehnende Meinung kundgetan, rechtliche Auswirkungen hat dies jedoch nicht, denn die Entscheidung über die Deponie wird ausschließlich von der Bezirksregierung getroffen. Überraschenderweise gab es kaum Wortbeiträge zu diesem Top (vermutlich wollte die SPD vermeiden, dass die Frage danach aufkommt, warum sie früher für die Errichtung der Deponie war). Nur die AfD stimmte gegen diese Vorlage und somit für die Errichtung der Deponie.

4-streifiger Ausbau der Rheinquerung im Zuge der B 288

In dieser Drucksache sollte der Rat beschließen, dass der geplante Ausbau der B 288 in Tunnellage erfolgen solle. Zudem solle der landwirtschaftliche Verkehr nicht durch Ortslagen geführt werden. Beide Ideen/Vorgaben mögen gut gemeint sein, erscheinen der FDP-Ratsfraktion aber als nicht realisierbar, weswegen sie sich der Stimme enthielt.

Bebauungsplan Rahmerbuschfeld

An Top 42/43 (und bereits 17:30 Uhr) stand die Änderung des Flächennutzungsplans und der Bebauungsplan für das Rahmerbuschfeld in Rahm auf der Tagesordnung. Die Grünen sprachen sich dagegen aus, hier eine hochwertige Wohnbebauung entstehen zu lassen, da es sich um ein Biotop handle. CDU und SPD sprachen sich dafür aus, weil sie die Bebauung für eine gute Chance halten. Zudem gäbe es bei nahezu jedem größeren Bauprojekt Widerstände – wenn man diesen immer nachgegeben hätte, wären viele erfolgreiche Ansiedlungen in Duisburg gescheitert. Der OB fügte hinzu, dass die Stadt früher viele junge Familien ins Umland hat abwandern lassen, was ein Fehler war, den man nicht wiederholen wolle. Dezernent Linne ergänzte, dass es sich bei diesem Beschluss nur um eine 7wöchige Offenlage handle, was bedeute, dass ab jetzt Kritik und Anregungen von betroffenen Bürgern und Bürgerinnen vorgetragen werden können, die ggf. in die Planungen der Verwaltung einfließen. Grüne, Linke, AfD, Die Partei und Tierschutz/DAL stimmten dennoch dagegen.

Drucksachen für den Gleichstellungsausschuss

Grüne, JuDu und Linke legten einen Antrag vor, wonach alle Beschlussvorlagen mit Gender Mainstreaming-Relevanz zukünftig auch im Gleichstellungsausschuss beraten werden sollten. SPD, CDU und der OB hielten dagegen, weil sie dadurch Mehrarbeit für die Verwaltung und eine Überfrachtung des Ausschusses erwarten. Wilhelm Bies betonte die Wichtigkeit des Themas und sprach sich mit großem Engagement für die Rechte von Frauen aus. Es folgten zahlreiche Redebeiträge. Letztendlich setzen sich SPD, OB und CDU aber durch.

33 Anträge

Gegen 18:00 Uhr begann der Stadtrat (erst) mit den Beratungen der weiteren vorliegenden 33 Anträge, die die Fraktionen gestellt hatten.

Hier eine (nicht vollständige) Übersicht:

SPD: „Gründung einer Ehrenamtsagentur“ = mehrheitlich beschlossen

CDU: „Wirtschaftliche Auswirkungen der Corona-Pandemie in Duisburg“ = einstimmig

CDU: „Durch Corona veränderte Arbeitsbedingungen im Konzern Stadt“ = einstimmig

AfD: „keine weiteren Finanzmittel für die Olympia-Bewerbung“ = mehrheitlich abgelehnt

AfD: „Solidaritätsfond zur Unterstützung der Gewerbetreibenden“ = mehrheitlich abgelehnt

AfD: „Aufhebung der Maskenpflicht im Freien“ = mehrheitlich abgelehnt

Die Linke: „Wasserstoffstadt Duisburg“ = mehrheitlich abgelehnt (da eigentlich obsolet)

Die Linke: „Corona-bedingtes Vereinssterben verhindern“ = mehrheitlich abgelehnt

Die Linke: „Einführung der (alten) Baumschutzsatzung“ = mehrheitlich abgelehnt

Die Linke: „Runde Tische in den Bezirken“ = mehrheitlich abgelehnt

Die Linke: „Durchführung von Gremiensitzungen“ = mehrheitlich abgelehnt

Die Linke: „Sprung über den Rhein“ = mehrheitlich abgelehnt

Die Linke: „Winterdienst/Streusalz“ = mehrheitlich abgelehnt

Die Linke: „Plusenergiehaus-Standard für Neubauten“ = mehrheitlich abgelehnt

Die Linke: „Einrichtung eines Klima-Tisches“ = mehrheitlich abgelehnt

JuDu: „Steuerbefreiung für Gebrauchshunde“ = soll in der nächsten Sitzung beraten werden

JuDu: „Keine Elternbeiträge für den Monat Februar“ = mehrheitlich abgelehnt

Tierschutz/DAL: „Live-Streaming von Ratssitzungen“ = mehrheitlich abgelehnt

Tierschutz/DAL: „Rat der Religionen“ = mehrheitlich abgelehnt

Tierschutz/DAL: „Investitionskonzept für den ÖPNV“ = mehrheitlich abgelehnt

Tierschutz/DAL: „Festveranstaltung Anwerbevertrag mit der Türkei“ = mehrheitlich abgelehnt

Grüne: „Kostenlose Kinderbetreuung für die Mitglieder kommunaler Gremien“. In diesem Antrag sollte für alle Duisburger Mandatsträger bei jeder Ausschuss- und Ratssitzung eine kostenlose Kinderbetreuung eingerichtet werden. Dieser Antrag wurde von der AfD als dreist bezeichnet. Nur Grüne und Linke stimmten dem Antrag zu.

Sicherer Hafen Duisburg

Ein kurzfristig gestellter Antrag von SPD, CDU, Grünen und Linken, wonach Duisburg sich zum „sicheren Hafen“ erklären sollte, löste erwartungsgemäß eine Diskussion aus. Es geht im Antrag um die öffentliche Erklärung der Stadt bzw. des Stadtrates, dass Duisburg bereit ist, noch mehr gerettete Flüchtlinge aus dem Mittelmehr aufzunehmen, als es die Stadt nach den gesetzlichen Regularien müsste. Alle Mitglieder der FDP-Ratsfraktion stimmen überein, dass dieses Problem gelöst werden muss und den flüchtenden Menschen geholfen werden muss. Da sich aber die internationalen und nationalen Gesetze, Verteilungsschlüssel und Vorschriften auch durch so eine Erklärung nicht ändern, empfanden manche diese Erklärung als reine Symbolik ohne Auswirkung und für andere war auch das Signal, dass von dieser Erklärung ausgeht, bemerkenswert und wichtig. Um eine differenzierte Abstimmung der Freien Demokraten zu vermeiden, einigten sich die 3 FDP-Ratsmitglieder (ausnahmsweise) darauf, sich der Stimme zu enthalten. Nur die AfD stimmte gegen die Erklärung.

Anträge der Freien Demokraten

Auch die FDP-Fraktion hatte 2 Anträge gestellt. Im ersten Antrag ging es darum, dass Corona-Erkrankungszeiten von Tagespflegepersonen nicht auf die sonst üblichen (und bezahlten) 20 Tage „Ausfallzeiten“ angerechnet werden sollen.

Die bei einer Corona-Infektion ggf. erforderlichen zusätzlichen Krankheitstage sollte man nach Meinung der Freien Demokraten den Pflegenden zugestehen, da die Ansteckungsgefahr in der Kindertagespflege sehr hoch ist und die sonst üblichen Schutzmaßnahmen (wie Masken, Handschuhe, keine Berührungen, etc.) nahezu unmöglich einzuhalten sind. Ratsfrau Kira Schulze Lohoff erläuterte den Antrag. Die CDU beantragte, diesen Antrag zunächst im zuständigen Fachausschuss beraten zu wollen. Dem stimmte die FDP-Fraktion zu, so dass der Antrag jetzt im Jugendhilfeausschuss und/oder im Ausschuss für Arbeit und Soziales beraten wird, bevor er dem Rat wieder vorgelegt wird.

In ihrem zweiten Ansinnen stellten die Freien Demokraten den Antrag, den Duisburger Gastronomen die Gebühren für das Aufstellen von Tischen und Stühlen in der Außengastronomie zu erlassen – und zwar nicht nur (wie jetzt vom Oberbürgermeister autonom entschieden) bis zum Ende dieses Jahres, sondern grundsätzlich. Ratsherr Oliver Alefs erläuterte den Antrag. Hierzu erklärte der Oberbürgermeister, dass es sich seiner Einschätzung nach, um eine Privilegierung der Gastronomie handeln würde, die gegen geltendes Recht verstoßen würde und die er (falls dies beschlossen werden sollte) als 'unrechtmäßig' zurückweisen bzw. beanstanden müsste. Auch hier einigte man sich darauf, das Thema zunächst im zuständigen Fachausschuss zu beraten. Insofern wurde der Antrag vom Stadtrat nicht abgelehnt und die Freien Demokraten haben noch die Gelegenheit, ihre Argumente für die weiteren Diskussionen zu schärfen.

Task Force Schrottimmobilien

Ein Antrag der Linken mit dem Titel „Duisburg solidarisch – Task Force Problemimmobilien weiterentwickeln“ wurde zu einem der heftigsten Streitpunkte dieser Ratssitzung. Es ging um die Räumung einer sog. Schrottimmobilie auf der Gravelottestraße in Hochfeld. Die Grünen beantragten die 'Nichtbefassung' mit diesem Antrag, während der Oberbürgermeister sofort ausholte und seinen Gefühlen freien Lauf ließ, noch bevor die Antragsteller die Intention des Antrags erläutern konnten. Oberbürgermeister Sören Link wörtlich: *„Nur weil einzelne Bürger anderer Meinung sind, sich an die Medien wenden und Verwaltungsmitarbeiter als Rassisten beschimpfen, heißt das noch lange nicht, dass die Mehrheit der Duisburger so denkt. Ich weise die Vorwürfe aufs Schärfste zurück! (großer Beifall) Und weiter: „Wenn man für jeden Scheiß als Rassist bezeichnet wird, nutzt sich dieser Begriff auch irgendwann einmal ab.“* Es folgten zahlreiche weitere emotionale Wortbeiträge. Letztendlich stimmten nur die Linken für ihren Antrag, alle anderen Fraktionen finden die Arbeit der Task Force (so wie sie ist) richtig, wichtig und gut.

20 unbeantwortete Anfragen

Alle weiteren Anfragen, die auf der Tagesordnung standen, wurden nicht beantwortet, sondern sollen im Nachhinein schriftlich zum Protokoll beantwortet werden. Damit nahm der OB den Fraktionen zwar wieder die Möglichkeit, über das jeweilige Thema zu reden und (wie in der Gemeindeordnung vorgesehen) zwei Nachfragen zu stellen. Aber im Ältestenrat hatte man sich 'coronabedingt' auf diese Vorgehensweise geeinigt.

Ende (erst) nach ca. 6 Stunden

Der Oberbürgermeister beendete die öffentliche und die anschließende nicht-öffentliche Sitzung des Duisburger Stadtrates gegen 21:00 Uhr. Der Stadtrat wird wieder am 14. Juni 2021 zusammenkommen. Direkt danach werden wir Sie wieder über die dann aktuellen Themen und Beschlüsse des Rates informieren. Bis dahin wünschen wir Ihnen eine gute Zeit.